

Langfassung

Aufbauende Demokratie

Beweggründe und Ziele des Arbeitskreises¹

Die Notwendigkeit, sich auf so etwas „biederer“ wie kleine ländliche Gemeinden, Kleinstädte und Stadtteile zu konzentrieren, lässt sich gut erklären. Für das häufig benutzte Wort „Subsidiarität“ gibt es sehr viele Auslegungen. In der Politik bedeutet es heutzutage üblicherweise, dass eine höhere Politik- und Verwaltungseinheit nicht das machen sollte, was die niedrigere Einheit genauso gut oder besser machen kann. Dabei wird aber meistens ein Blickwinkel von oben nach unten eingenommen. Dieser beginnt bei der obersten Organisation, den Vereinten Nationen (UN), die von den in Kriegen geschwächten Nationalstaaten nach 1945 gegründet wurden. Die UN respektieren selbstverständlich die Mitgliedstaaten als eigenständige Einheiten mit einer Eigenverantwortung. So wird dann beispielsweise die folgende Sichtweise eingenommen: UN, die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland, die Länder und dann die Kommunen. Und dort hört es auf. Aus dieser Top-down Sicht bedeutet das, dass aus der Perspektive Subsidiarität und Demokratie die Demokratie in den Kommunen und vergleichbaren politischen Einheiten wurzelt. Stimmt das? Ist das effektiv? Wie beurteilen wir das?

Demokratie und Subsidiarität sind im wesentlichen Management-Prinzipien. Um die Qualität eines Managements zu beurteilen, müssen wir auf seine Fähigkeit schauen, Aufgaben zu erledigen. Welche sind dann die wichtigsten Aufgaben?

Die in 2020 begonnene COVID-19 Pandemie stellt die Menschheit vor nie dagewesene Herausforderungen. Indessen tritt dies noch hinter der größten Aufgabe zurück, die wir je hatten: Wir benehmen uns gegenüber unserem noch lebendigen Planeten wie die Borkenkäfer, mit nur einer Ausnahme: wir haben nur einen einzigen Baum. Die zu bewältigende Aufgabe für die Demokratie ist damit klar: Wie wandeln wir uns als menschliche Gesellschaft so, dass auch unsere Nachfahren noch auskömmlich und gemeinschaftlich als Teil der lebendigen Erde leben können? Wird die Demokratie das schaffen? Kann sie lernen, das zu schaffen?

Die Größe und die internen Strukturen der politischen Gremien und Verwaltungsabteilungen spielen eine wesentliche Rolle für ihre Fähigkeit, zu lernen, kreativ zu experimentieren und neue Herausforderungen zu meistern.

Große Organisationen, die globalen voran, sind selbstverständlich nötig. Sie sollten sich ihrer positiven und negativen Eigenschaften aber sehr deutlich bewusst sein. Frei nach dem Philosophen Karl Popper: 'Es ist unredlich anzunehmen, dass eine Organisation keine Fehler macht.' Also sollte man einzelnen Organisationen nicht zu viel Macht geben, weil sonst die Fehler entsprechend groß werden. Solche großen Fehler kennen wir zu Genüge. Kriege

¹ Dieser Text baut auf dem Manuskript von Harris C.M. Tiddens für den Vortrag für die Mehr Demokratie VideoKonferenz zu dem Thema Aufbauende Demokratie am 15.9.20 auf.

zwischen Nationalstaaten stehen an erster Stelle. Aber auch andere große Fehler sind nur zu bekannt: Der Flughafen Schönefeld, der Dieselskandal, Bayer kauft Monsanto, die Hamburger Elbphilharmonie usw..

Es gibt in diesem Zusammenhang aber noch eine weitere negative Eigenschaft großer, schwerfälliger Organisationen: Weil sie wissen, dass sie große Fehler machen können, haben sie Angst, überhaupt Fehler zu machen. Das ist schlimmer: Das tötet die Kreativität.

Die Herausforderungen, uns selbst als Menschheit aus diesem zurzeit so verheerenden Anthropozän zu lenken, sind ausführlich beschrieben. Greta Thunberg hat es gut zusammengefasst: "Our house is on fire". Die Politökonomin Maja Göpel hat mit ihrem Buch "Unsere Welt neu denken" noch eins oben draufgesetzt. Und es gibt massenhaft Lösungsansätze. Die durch Christian Felber initiierte Gemeinwohl-Ökonomie ist nur ein Beispiel.

Die Herausforderungen sind aber so komplex, dass wir überhaupt nicht wissen, was funktionieren wird und was nicht. In Anbetracht der vorhin genannten enormen Komplexität müssen wir daher als Gesellschaft Folgendes können:

- experimentieren
- Fehler machen und dann
- aus solchen Erfahrungen voneinander lernen.

Für diese notwendige Agilität brauchen wir die Vielfalt und Kreativität sowohl der kleinen Einheiten als auch die der höheren Ebenen, die von einander lernen und sich koordinieren sollten. Welche sind dann aber die Basiseinheiten? Sind das die Städte, sind das die Kommunen? Können Kommunen voneinander lernen?

Es gibt die Vermutung, dass Einwohner*innen städtischer Kommunen ab einer Kommunalgröße von 20.000 Personen und/oder bei großen Entfernungen von mehr als 10 Kilometern den Kontakt zu den demokratischen Gremien und Verwaltungen zu verlieren drohen². Dies wird noch gefördert durch die große Eigendynamik von Verwaltungen als Systeme. Getrieben durch die Ziele der 'Dienstleistungsgesellschaft' haben solche zentralisierten Verwaltungen in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verständlicherweise begonnen, die Einwohner*innen als „Kunden“ zu betrachten. Kommunen wie Hamburg oder Köln sprechen sogar von „Kundenzentren“. **Kunden?** In einer Demokratie sind die Staatsbürger die Eigentümer! Eigentum verpflichtet, wie das deutsche Grundgesetz zu Recht formuliert. Diese Pflicht müssen sie dann aber auch wahrnehmen können.

Ein Beispiel für die Relevanz der Größe von politischen Einheiten ist eine Kleinstadt wie Glückstadt in Schleswig-Holstein. Sie ist nur ein Beispiel für die vielen Kleinstädte, die es in Europa und auf der Welt gibt. Glückstadt liegt etwa 50 km nordwestlich von Hamburg und hat knapp 11.000 Einwohner*innen.

Diese kleine Stadt hat ein Rathaus, eine Stadtvertretung mit 23 Personen, eine Bürgermeisterin, eine Verwaltung mit mehr als 60 Personen, eine gute Webseite, auf der Interessierte alle Informationen über die demokratischen Gremien und die Verwaltung von Glückstadt finden können, inklusive eines Haushaltsplanes von 600 Seiten.

Von Glückstadt 50 km in südöstlicher Richtung gesehen, liegt der Stadtteil Rissen der Freien und Hansestadt Hamburg. Rissen hat 15.500 Einwohner*innen, ist also erheblich größer als

2 H.C.M.Tiddens „Wurzeln für die lebende Stadt. Wie wir die Eigenverantwortung von Stadtteilen stärken können und warum diese mehr Wertschätzung verdienen.“ oekom Verlag, München 2014.

Glückstadt. In Rissen gibt es einen(!) sogenannten “bürgernahen Polizisten” und, dank des Flüchtlingsstroms von 2015, einen mühsam eroberten Teilzeit-Stadtteilmanager mit einem Büro von etwa 30 m². Es gibt keine offiziellen demokratischen Gremien mit Entscheidungskompetenzen. Die „Rissener Runde“ wurde als Stadtteilbeirat komplett selbstständig durch die Einwohner*innen organisiert. Zurzeit wird diese Rissener Runde erfreulicherweise durch den Stadtteilmanager unterstützt. Das war es dann aber auch schon.

Dieses Vakuum in solchen nur scheinbar kleinen Einheiten ist kein triviales Problem. Dieses Fehlen von Verwaltung und demokratischen Gremien mit Eigenkompetenzen in den Stadtteilen gefährdet die Fundamente der Demokratie. Etwa 59% der deutschen Bevölkerung lebt in Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner*innen, also in Einheiten, in denen die demokratischen Gremien von den Einwohner*innen schon zu weit entfernt sind.

In diesen größeren Kommunen gibt es in höchstens 15% der Basiseinheiten - Dörfern, Stadtteilen, Veedeln, Weze usw. – ein wenig eigene Verwaltung und institutionell verankerte demokratische Gremien. Das betrifft aber meist nur solche Basiseinheiten, die soziale oder wirtschaftliche Schwierigkeiten haben.

Das bedeutet in Umkehrschluss, dass in 85% der Basiseinheiten derartiger Kommunen weder die Verwaltung noch die institutionelle Demokratie vor Ort vertreten sind. Und das bedeutet daher ebenfalls, dass knapp **die Hälfte!** der deutschen Bevölkerung kein demokratisches Selbstwirksamkeitsgefühl in jenen Basiseinheiten entwickeln kann, in denen sie die eigentlichen Erfahrungsexperten sind und in denen sie am meisten Zeit haben, ehrenamtlich aktiv zu werden.

Wie oben schon angedeutet: Demokratie ist im Kern ein Managementsystem. Wir haben als Menschheit eine Aufgabe zu meistern. Wir sind 7,7 Milliarden Menschen und steuern auf 10 Mrd. zu. Irgendwie werden wir es sehr schnell schaffen müssen, behutsam als nur ein Teil der lebendigen Erde miteinander zu leben. Diese Herausforderung ist so komplex, dass wir nicht wissen, was funktionieren würde und was nicht. Es reicht aber nicht, die Vielfalt und Kreativität kleinerer Einheiten nur zu stimulieren. Wir müssen aus diesen Erfahrungen auch schnell lernen können.

Aber das Lernen ist nicht so einfach. Die nationalstaatlichen und kommunalen Strukturen, die wir jetzt haben, sind historisch gewachsen und - was Größe und Struktur betrifft - so extrem heterogen, dass sie kaum bis gar nicht direkt voneinander lernen können.

Größe spielt eine wichtige Rolle.

Nehmen wir als Beispiel die Berichterstattung über COVID-19 in dem doch seriösen Deutschlandfunk. Hier wurde in den Nachrichten im April und Mai 2020 allen Ernstes wiederholt berichtet, „dass jetzt die USA mehr COVID-19 Tote zu betrauern hätten als Italien“. Das ist doch so, als würden wir Ähnliches über Italien und Luxemburg sagen würden oder über Hamburg und Glückstadt... Das ist absurd. Top-down können Verwaltungseinheiten kaum direkt voneinander lernen.

Nehmen wir noch ein Beispiel: Hamburg und Rotterdam. Beide sind Hafenstädte, relativ nahe beieinander im Nordwesten Europas. In Bezug auf die wirtschaftliche Situation sollten diese Kommunen also gut vergleichbar sein.

Weit gefehlt. Rotterdam hat nur 600.000 Einwohner*innen, weil Schiedam und Vlaardingen, anders als der Hamburger Stadtteil Altona, unabhängig geblieben sind. Rotterdam ist Teil der Provinz Süd-Holland. Hamburg dagegen hat 1,8 Millionen Einwohner*innen und ist ein

Stadtstaat. Auf der Kommunal-Ebene sind Hamburg und Rotterdam deshalb also völlig unvergleichbar.

Aber wenn wir solche kommunalen Einheiten aus Nutzersicht, also Bottom-up, betrachten, dann klärt sich das Bild erheblich:

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist ein System von 171 Orts- und Stadtteilen, Rotterdam von etwa 80, Köln von 86, Berlin von etwa 300, Heidelberg von 15, usw...

Es gibt eine gute, von der Bertelsmann Stiftung finanzierte Studie (2018, Neuauflage 2020), mit der versucht wird, die deutschen Kommunen bezüglich der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen miteinander zu vergleichen³ (Sustainable Development Goals, SDG's). Aus den oben beschriebenen Gründen ist aber für diese Kommunen das Erreichen solcher Ziele und ein direktes Lernen voneinander kaum möglich. Diese Studie sagt wortwörtlich auf Seite sieben: „Das SDG-Portal (www.sdg-portal.de) bietet für alle Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohner:innen sowie alle Landkreise in Deutschland einen schnellen Überblick über die SDG-Indikatoren vom Typ I (...) und die verfügbaren Daten.“⁴ ... Wenn das so ist, was redlich ist, dann können alle Basiseinheiten dieser größeren Kommunen, jene Basiseinheiten unter 20.000 Einwohner*innen, also auch entsprechend beschrieben werden. **So können jene kommunalen Einheiten, über das Abschneiden ihrer Basiseinheiten, z.B. bei den SDG's, indirekt sehr wohl voneinander lernen.**

Die Kraft Europas – zum Beispiel im Vergleich zu den USA und China - könnte eine von Demokratie getragene Vielfalt und Kreativität sein. Nutzen wir dieses Potential? Sind die Bürger in Europa bereit mitzumachen? Wenn wir das schaffen könnten, könnte die Aufbauende Demokratie sehr wohl ein universelles Modell der Demokratie werden.

Wenn jemand durch das betreffende Staats-System als Kunde behandelt, also zu einem Objekt reduziert wird, dann ist diese Person nicht unbedingt geneigt, Herausforderungen eigenverantwortlich zu lösen: „Ich zahle doch viele Steuern. Ich kann das doch nicht auch noch machen. Das soll der Staat doch machen. Die da oben machen doch was sie wollen.“ wird der Kommentar eines großen Teils der Bevölkerung sein.

Wie kann eine Basiseinheit, z.B. ein Stadtteil in Köln, in dem es keine Kompetenzen, keine Verwaltung und keine demokratischen Gremien vor Ort gibt, kreativ und problemlösend die jetzigen Herausforderungen annehmen? Ist das noch eine kreative demokratische Einheit?

Wenn Köln Nachhaltigkeit und Resilienz erreichen möchte, dann wird dies nur gelingen, wenn ihre 86 Stadtteile das erreichen. Es ist undenkbar, dass dies gelingen kann, ohne dass die Einwohner*innen in jedem Stadtteil sich dafür zuallererst selbst verantwortlich fühlen. Das werden sie aber nur tun, wenn sie dort dabei ein Gefühl einer **Selbstwirksamkeit** spüren, wenn sie das Gefühl haben, dass ihr Einsatz etwas nützt. Und das Gefühl werden sie nur dann haben, wenn sie die entsprechenden Kompetenzen bekommen. Dieses gilt für die ländlichen Kommunen genauso.

Es ist ganz einfach: Wenn die Basiseinheiten es nicht schaffen, selbst Verantwortung wahrzunehmen, dann nützt alle Arbeit der höheren Einheiten nichts. In der Wirtschaft ist das sehr

3 Henrik Riedel et. al., Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt), Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion (Hrsg.). **SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen. 2., vollständig überarbeitete Auflage**, Gütersloh 2020.

4 Ebenda, S.7

klar. Wenn in einem Unternehmen der Vorstand mit seinem Stab versucht, alles alleine zu machen, hat dieses Unternehmen verloren.

Der Polarforscher Robert Swan brachte es auf den Punkt: „**Die größte Bedrohung für unseren Planeten ist der Glaube, dass jemand anderes ihn retten wird.**“

Auch **innerhalb** der größeren städtischen Kommunen und ländlichen Kommunen sollte daher das Prinzip der Subsidiarität gelten.

Die Basiseinheiten unserer menschlichen Gesellschaft sollten also jene Sachen erledigen können, die sie selbst genauso gut oder besser erledigen können als die höheren Verwaltungsebenen. Die höheren Ebenen sollten nur Hilfe zur Selbsthilfe anbieten sowie die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Einheiten sicherstellen, die in ihrer Verantwortung liegen.

Der technische Begriff einer „auf Bottom-up Subsidiarität beruhenden Demokratie“ wird natürlich kaum verstanden. Er ist daher nicht geeignet für den Gebrauch im Alltag. Daher nennen wir dieses demokratische Prinzip eine „Aufbauende Demokratie“. Das wird gut verstanden: Eine Demokratie, die in den Basiseinheiten ihre Wurzeln hat und darauf aufbaut.

Aus Sicht dieser Basiseinheiten lassen sich die Forderungen des Föderalismus viel besser erfassen. Ein Bundesland oder ein Stadtstaat ist natürlich historisch gewachsen, dennoch ist es/er nichts anderes als eine Systemebene der Politik und der Verwaltung.

Die erste Ebene der Einheiten für eine aufbauende Demokratie liegt weltweit im ländlichen Bereich, in den 'Dörfern' und in städtischen Siedlungen in den dortigen 'Nachbarschaften'. Das sind Einheiten mit einer durchschnittlichen Größe von ungefähr 500 Einwohner*innen.

Die zweite Ebene, auf der die Erfahrungsexpertise der Einwohner*innen noch gut genutzt werden kann, wird im ländlichen Bereich durch die kleinen Gemeinden gebildet. Im städtischen Bereich sind das die Kleinstädte, wenn sie als Kommune unabhängig sind. In den größeren städtischen Kommunen sind es die Stadtteile. Also die Quartiere, Veedel,  Beze, Ortsteile dieser Welt, jene Einheiten mit einer durchschnittlichen Anzahl von 10.000, nicht viel größer als ca. 20.000 Einwohner*innen.

Die Einheiten der dritten Ebene werden groß und komplex. Das gilt schon für große ländliche Kommunen, mittelgroße Städte, Bezirke usw., um nur zu schweigen über die noch größeren Einheiten. Dafür reicht eine Erfahrungsexpertise nicht mehr aus. Dafür brauchen wir Stadtplaner, Juristen, Verwaltungsexperten usw... Das kann eine ehrenamtlich tätige Person also nicht ohne weiteres machen. Auch die brauchen dann wenigstens zusätzliche Ausbildungen oder lange Erfahrungen. Zudem sind die Einheiten der Ebene drei und höher, auch geografisch so groß, dass es sehr schwierig wird, sie als Ehrenamtliche noch zu überschauen und darin ernsthaft in der wenigen verfügbaren Freizeit mitzuwirken.

Die Wichtigkeit der Einheiten der ersten zwei Ebenen steht für den Arbeitskreis 'Aufbauende Demokratie' im Mittelpunkt. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die dort lebenden Jugendlichen. **Wie sollen die Jugendlichen Demokratie lernen, wenn sie dort, wo sie Erfahrungsexperte sind, kein Gefühl der demokratischen Selbstwirksamkeit erleben können?**

Der AK Aufbauende Demokratie möchte z.B. vorschlagen, dass die Mitgliedern der ‚Friday's for Future‘-Bewegung Kompetenzen in jenen Basiseinheiten bekommen, in denen sie Erfahrungsexperten sind. So wird eine neue Generation praxiserfahrener Politiker*innen entstehen können.

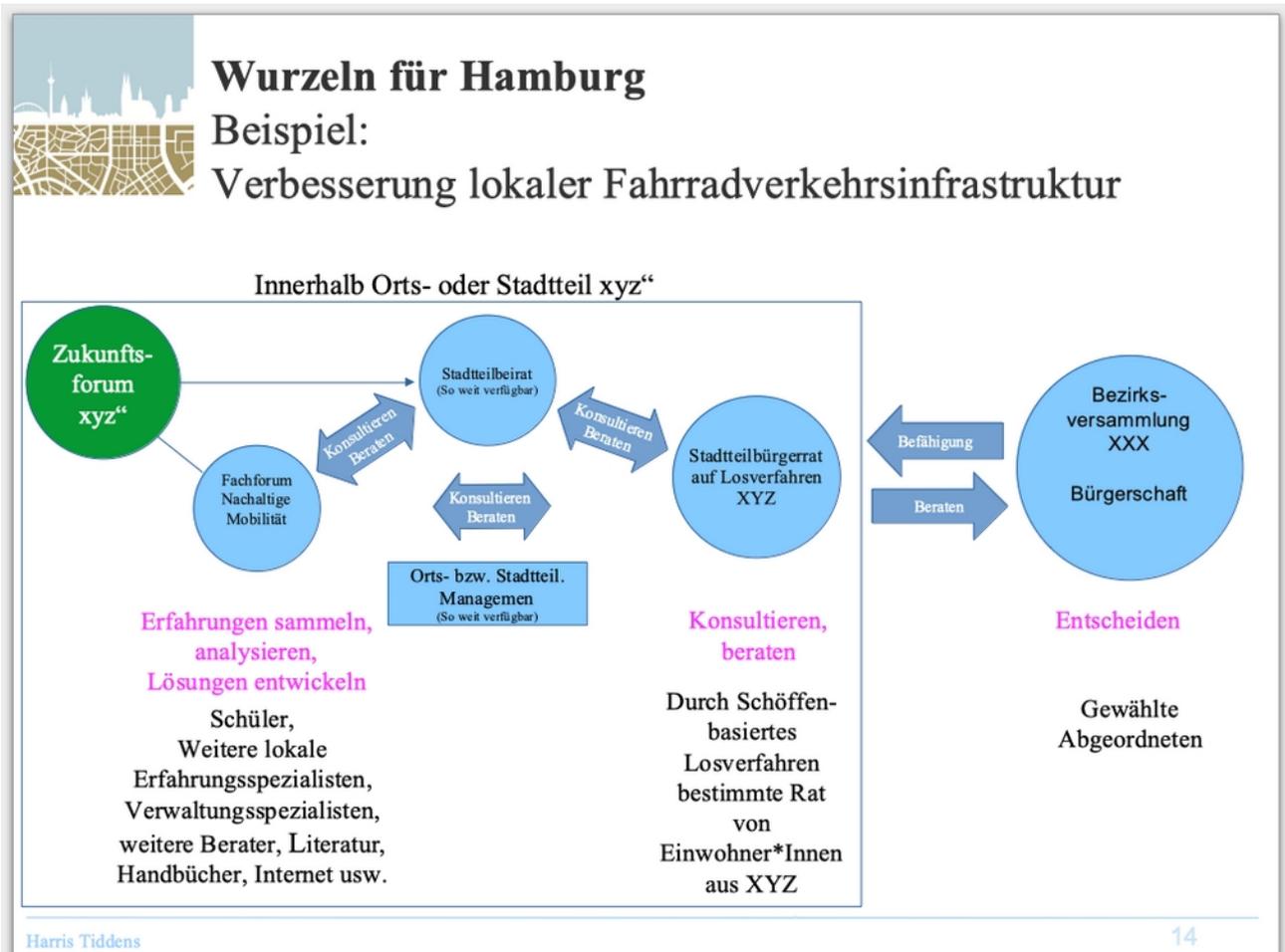
Es ist natürlich so, dass das doch alles eingerostete historische Strukturen sind, die nur über Verfassungsänderungen angepackt werden können. Das ist mühsam und dauert in Anbetracht

der Herausforderungen zu lange.

Der AK Aufbauende Demokratie ist der Meinung, dass die höheren demokratischen Gremien und Verwaltungen bei zunehmenden Herausforderungen schnell wahrhaben werden, dass es gut ist, wenn Basiseinheiten wie Stadtteile, Kleinstädte und kleine ländliche Gemeinden selbst denken, selbst Verantwortung übernehmen, selbst anpacken und selbst kreativ sind. Natürlich innerhalb ihrer demokratisch gesetzten Grenzen. Wenn diese Grenzen aber zu eng sind, wird das Interesse, mitzumachen und kreativ zu sein, natürlich entsprechend abnehmen oder, wie jetzt in den Stadtteilen häufig der Fall, erst gar nicht entstehen.

Das Vakuum ist eine Chance

Dennoch wird das Entstehen von formalen Kompetenzen der Basiseinheiten politisch und verwaltungstechnisch tatsächlich mühsam sein. Wir werden also lange ein demokratisches und Verwaltungsvakuum in den Basiseinheiten haben. Das kann man als Risiko sehen. Der Arbeitskreis Aufbauende Demokratie ist anderer Meinung: Das Vakuum ist eine Chance. Gerade in diesem Vakuum können wir als engagierte Menschen sehr konstruktiv helfen, die Zivilgesellschaft an der Basis entsprechend zu stärken. Auch auf dieser unteren Ebene wird sich z.B. der Bürgerrat auf Losverfahren als sehr nützlich erweisen. Wie das funktionieren kann, zeigt das Beispiel eines konkreten Projektes, das in Hamburg entstehen könnte. 



Ein Beispiel ist das Organigramm einer Stadtteil-Organisation, die das Zukunftsforum Blankenese im Rahmen des „Hamburg besser machen“ Projektes der Körper Stiftung vorgeschlagen hat, und das zurzeit weiter entwickelt wird. Es ist ein gutes praktisches Beispiel, wie die Aufbauende Demokratie funktionieren kann.

Die Fahrradverkehrsinfrastruktur in Hamburg mag noch immer eine schlichte Katastrophe sein. Fahrradbegeisterte sind über solche Situationen wie in Hamburg, erst recht in Anbetracht der Nachhaltigkeits- und Resilienz-Herausforderungen, vielleicht nachvollziehbar erschüttert und schockiert. Die Vorschläge, die diese Begeisterten machen, mögen daher wichtig sein, aber, wie gut sie auch sein mögen, sie haben selbst noch keine demokratische Legitimation.

Eine lokale Arbeitsgruppe, wie ein Fachforum „Nachhaltige Mobilität“ eines lokalen Zukunftsforums, kann in diesem Projekt konkrete Vorschläge für lokale Verbesserungen der Fahrradverkehrs-Infrastruktur erarbeiten - zum Beispiel auf der Basis der im Durchschnitt pro Person dafür verfügbaren finanziellen Mittel pro Jahr. Diese sollen dann, wenn vorhanden, dem lokalen Stadtteilbeirat präsentiert werden und dann in einem durch Losverfahren ausgewählten lokalen Stadtteil-Bürgerrat zur Beratung vorgelegt werden. Sowohl Stadtteilbeirat und Stadtteil-Bürgerrat werden sich dann eine Meinung bilden. So können z.B. durch ein Fachforum ‚Nachhaltige Mobilität‘ entwickelte Lösungsansätze mit dem Stadtteilbeirat und Stadtteil-Bürgerrat gemeinsam weiterentwickelt werden. Letztlich gibt dann der Stadtteil-Bürgerrat eine Empfehlung an die betreffenden höheren demokratischen Gremien.

Diese Vorgehensweise sieht insbesondere vor, dass das Fachforum Nachhaltige Mobilität und der Stadtteil-Bürgerrat besonders die wirklichen Erfahrungsexperten für den Fahrradverkehr, die Jugendlichen des betreffenden Stadtteils, direkt mit einbinden. Um dieses Pilotprojekt durchzuführen, bedarf es keiner Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Stadtteilbürgerräte werden Empfehlungen an die Bezirksverwaltungen bzw. die Bürgerschaft geben. Diese werden froh und gut beraten sein, solche Empfehlungen sehr ernst zu nehmen.

Das Ganze wird natürlich nur klappen, wenn diese Arbeitsprozesse hauptamtlich unterstützt werden. Das kostet zwar Geld. Dass aber die höheren Ebenen von lokalem „Kleinkram“ entlastet werden und demokratisch gut abgefederte Vorschläge bekommen, spart wiederum Geld.

Dies ist nur ein Beispiel.

Der Arbeitskreis Aufbauende Demokratie will zielgerichtet dafür sorgen, dass die Demokratie in den Basiseinheiten unserer Gesellschaft an den Wurzeln gestärkt wird.

Um diese Arbeit konkret zu machen, wird der AK Aufbauende Demokratie in den Basiseinheiten, in denen solche Organisationen noch nicht existieren, auf zivilgesellschaftlicher Basis **Zukunftsforen** gründen: Offene, rein zivilgesellschaftliche und gemeinnützige Vereine, die sich konkret handelnd klar an Nachhaltigkeits- und Resilienzzielen ausrichten. Eine gemischte, nach Möglichkeit repräsentative Besetzung schafft dabei die bestmögliche Voraussetzung, die gesetzten Ziele zu erreichen. Das könnte zum Beispiel folgende Ziele betreffen:

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG's)

oder die Weltethos Ziele der religiösen Organisationen.

Solche Zukunftsforen haben idealerweise zwei Standbeine, die durch sogenannte Fachforen getragen werden

- **Die technischen Fachforen:**

- diese kümmern sich um sehr konkrete lokale Lösungen für z.B. nachhaltige Mobilität, zukunftsweisende Ortsgestaltung, Ernährungs- und Agrarwende, nachhaltige Energie, soziale Herausforderungen, Kulturentwicklung usw.
- **Die systemischen Fachforen:**
 - diese kümmern sich darum, dass
 - die lokalen Schulen, Schüler*innen und Jugendlichen bei der Bewältigung der oben genannten lokalen Herausforderungen eingebunden werden
 - die eigene Basiseinheit demokratische und finanzielle Kompetenzen wahrt oder bekommt und dass
 - diese dann wahrgenommen werden,
 - dass so die Demokratie dort Wurzeln schlägt, aufblüht und Früchte tragen kann, und
 - dass sich so eine "Aufbauende Demokratie" etabliert
 - diese Basiseinheiten eine demokratisch echte empfehlende Kraft bekommen, indem sie dafür sorgen, dass in ihrem Stadtteil ein lokaler Stadtteilbürgerrat etabliert wird. Das kann sowohl für Projekte und spezielle Fragen, als auch für längere Perioden (z.B. 1-2 Jahre) für laufende Aufgaben sein.

**Zukunftsforum:
Organisationsmatrix in technischen und systemischen Fachforen**

		Technische Fachforen für eine verursacherorientierte Nachhaltigkeit und Resilienz (Weltethos-Ziele, Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen)								
			Mobilität	Orts- gestaltung	Ernährungs- & Agrarwende	Energie	Finanzen	Kleidung	Soziokultur	(...)
		Lei- tung								
Systemische Fachforen	Stadtteil & Bildung (Schnittstelle zu den örtlichen Schulen und weitere Bildungseinrichtungen in Blankenese)									
	Aufbauende Demokratie (Schnittstelle zu Verwaltung & Politik / Messbarkeit über SDG's)									
	Geselligkeit und gelassene Achtsamkeit (Auch Schnittstelle zu rel. und phil. Organisationen vor Ort* / Messbarkeit über Weltethos-Ziele)									
	Resilienz Analysieren & Verbessern									
Organisation	Externe Kommunikation & CI CD									
	Interne Kommunikation									
	Hauptamtliche Unterstützung**									

* Während demokratische Institutionen und Verwaltung häufig nicht mehr da sind in den Basiseinheiten, sind diese Organisation das häufig noch sehr wohl.

** Wenn möglich. Am Anfang noch nicht nötig.

Der AK Aufbauende Demokratie versucht die Verbreitung und den Aufbau dieser Zukunftsforen zu fördern, ähnlich wie das mit den Bürgerräten geschieht. So möchte der AK Aufbauende Demokratie dafür sorgen, dass die Basiseinheiten unserer Gesellschaft wo nötig wieder demokratisch initiativ und stark werden.

Aus dieser Bottom-up Sicht können wir als Gesellschaft dann gleichzeitig die Funktionalität und Leistung der Demokratie der höheren Ebenen systemisch gut beurteilen und versuchen, Kompetenzen zu fördern und gegebenenfalls Eingriffe in lokale Kompetenzen zu verhindern. Der AK Aufbauende Demokratie will die Verbreitung und den Aufbau dieser Zukunftsforen ähnlich unterstützen, wie das mit den Bürgerräten geschieht.

Der AK Aufbauende Demokratie stellt sich konkret folgenden ersten Aufgaben:

- Der Stärkung von Demokratie in den Basiseinheiten unserer Gesellschaft und - wo nötig– die Gründung von Zukunftsforen.
- Dass dieses an erster Stelle durch die Mitglieder vom 'Mehr Demokratie e.V.' selbst vor Ort vorangetrieben wird.
- Der Bildung einer kleinen hauptamtlich unterstützten Organisation und Internet-Plattform, welche, ähnlich wie bei den Bürgerräten, diese Arbeit unterstützt.
- Der Eröffnung von Möglichkeiten des voneinander Lernens unter vergleichbaren Basiseinheiten.
- Der wissenschaftlichen Begleitung dieser Prozesse durch
 - Analyse und Beratung,
 - Analyse der Leistungen der höheren Politik- und Verwaltungseinheiten und Förderung einer qualitativen Evidenz basierten besten Nachhaltigkeits- und Resilienzpraxis auf Basis der Fortschritte der Basiseinheiten.
 - Organisation eines Workshop-Kongresses „Aufbauende Demokratie. Demokratie als Management Instrument für das mess- und vergleichbare Erreichen der SDG Ziele" in 2022
